

## PRESSEMITTEILUNG

Nr. 96 vom 11.06.2015

### Kein Landesgeld für Ärzteansiedlung

#### **Raik Nowka: Die Passivität der Landesregierung ist erschreckend**

Im Rahmen der Haushaltsdiskussion wurde der Antrag der CDU- Fraktion, die Brandenburger Kommunen finanziell bei Projekten zur Ansiedlung neuer Ärzte im ländlichen Bereich zu unterstützen, durch die Regierungskoalition abgelehnt. In der Beschlussempfehlung heißt es wörtlich: „Zudem sei der Umstand, dass sich in den Kommunen im ländlichen Raum keine Ärzte ansiedelten, auf die mangelnde Attraktivität der dortigen Lebensbedingungen zurückzuführen. Diese könnten auch nicht mit den beantragten Landesmitteln für entsprechende Programme verbessert werden.“

Die CDU im Landtag Brandenburg teilt diese gleichgültige Haltung in keiner Weise. In seiner Rede vor dem Landtag hob Raik Nowka, der Gesundheitspolitische Sprecher der Fraktion, den immer größer werdenden Handlungsdruck hervor: „Die Passivität der Landesregierung ist erschreckend, wenn man die massiven Bemühungen der angrenzenden Bundesländer und das Durchschnittsalter der Brandenburger Ärzte sieht. In den Lehrkrankenhäusern unseres Landes werden jährlich nur knapp 120 Ärzte ausgebildet. Dem stehen allein im ambulanten Sektor ca. 750 Ärzte gegenüber, die innerhalb der nächsten 5 Jahre altersbedingt aus der Versorgung ausscheiden. Keine Landesmittel in die Ansiedlung von Ärzten zu investieren, ist da gewiss nicht die richtige Reaktion.“

Jeder vierte der etwa 1.500 Hausärzte in Brandenburg ist älter als 60 Jahre. Von den ca. 2.300 niedergelassenen Ärzten anderer Fachgruppen im Land werden demnächst 350 aus der Versorgung ausscheiden. Die Wartezeiten auf Facharzttermine sind für die Brandenburger bereits heute deutlich länger als im Bundesdurchschnitt.

„Die Erhaltung der flächendeckenden medizinischen Versorgung ist mehr als die gute und zeitnahe Behandlung im Krankheitsfall. Sie ist wichtig für die Attraktivität der kleineren Städte und Gemeinden als Wohn- und Arbeitsort und sie ist ein Wirtschaftsfaktor. Wir werden nicht nachlassen, diese Verantwortung der Landesregierung zu benennen und für den Einsatz von Landesmitteln zu kämpfen“ betonte Raik Nowka.